

LANDESHAUSHALT 2017 INVESTIEREN STATT KAPUTTSPAREN

VORSCHLÄGE FÜR EINE
SOZIAL GERECHTE POLITIK



DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Impressum

Haushalt 2017 – Investieren statt kaputtsparen
Vorschläge für eine sozial gerechte Politik

DIE LINKE. Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1–3
65183 Wiesbaden

Tel.: 0611-350 60 90
Fax: 0611-350 60 91
E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de
Web: linksfraktion-hessen.de

V.i.S.d.P.
Willi van Ooyen, MdL
Fraktionsvorsitzender

Grafik und Satz | Hanna Hoeft
Redaktion | Jörg Cezanne und Stefan Würzbach

Wiesbaden, Dezember 2016

Inhalt

Vorwort	4
Bewertung des Landeshaushaltes 2017	6
Soziales – Arbeit	9
Bildung – Wissenschaft	13
Kulturförderung	16
Wirtschaft und Verkehr	17
Umwelt- und Klimaschutz, Verbraucherpolitik, Forst- und Landwirtschaft	18
Innenpolitik – Öffentlicher Dienst	21
Recht	24
Tierschutz	25
Integration	26
Wohnen	29
Übersicht	30
Quellenangaben	35

Schwarzgrüner Haushalt 2017 verpasst die Chancen für einen Politikwechsel erneut

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

der Hessische Landeshaushalt für das Jahr 2017 ist eigentlich geprägt von der Erwartung vergleichsweise hoher Einnahmen. Bei vielen Menschen in Hessen wird diese positive Entwicklung aber leider nicht ankommen, weil die schwarz-grüne Landesregierung lieber versucht die sogenannte ‚Schuldenbremse‘ einzuhalten, als die notwendigen Ausgaben zu finanzieren.

Notwendige Investitionen in die öffentliche und kommunale Infrastruktur, zusätzliche Ausgaben für das Bildungswesen, die sozialen Dienste und eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung fielen der allgemeinen Sparwut zum Opfer. Und die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst wurden für immer neue Sonderopfer herangezogen, um den Landeshaushalt zu sanieren. Währenddessen sind Steuererhöhungen, die Menschen mit besonders hohen Einkommen und großen Vermögen, aber auch Großkonzerne und Banken treffen, tabu. Bis heute weigert sich die Landesregierung, ihrer Einnahmeverantwortung (Art. 141 der Hessischen Verfassung) nachzukommen, in dem sie z.B. im Bundesrat auf die Wiedererhebung der Vermögensteuer und die Anhebung der Besteuerung großer Erbschaften hinarbeitet. Beides sind Steuern, die Hessen seine Handlungsfähigkeit zurückgeben würden. Statt die Einnahmen zu verbessern, plant die Landesregierung weitere Kürzungen bei den Investitionen. In vielen Kommunen ist diese Entwicklung schon lange zu sehen. Damit vernachlässigt sie die Interessen nachfolgender Generationen genauso wie die Interessen derer, die auf eine funktionierende öffentliche Infrastruktur angewiesen sind – das sind wir alle!

Obwohl die Landesregierung die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf wenigstens 41 Stunden verkürzen will, bleiben die Beamtinnen und Beamten von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt. Die Einschnitte bei der Besoldung waren dabei für die Beamtinnen und Beamten weitaus schwerwiegender als die Kosten, die das Land für die Reduzierung der Arbeitszeit aufwendet.

Inzwischen ist offensichtlich, was DIE LINKE immer gesagt hat: „Schuldenbremse heißt Sozialabbau“. Dies ist nicht vereinbar mit einem demokratischen Staat, der handlungsfähig ist und Politik im Interesse des Gemeinwohls gestaltet.

Investieren statt kaputtsparen – Vorschläge für eine sozial gerechte Politik

DIE LINKE hat umfangreiche Änderungsanträge zum Landeshaushalt eingebracht. Die über 90 Änderungsanträge sind ein Versuch, die größten Ungerechtigkeiten schwarzgrüner Haushaltspolitik auszugleichen und unsere Schwerpunkte für einen echten Politikwechsel deutlich zu machen.

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag setzt dabei auf höhere Einnahmen aus einer sozialen und gerechten Steuerpolitik. Allein eine moderate Besteuerung großer Vermögen würde Hessen Mehreinnahmen von 1,5 Milliarden Euro bescheren. Darüber hinaus fordern wir auf Landesebene konkrete Schritte für höhere Einnahmen, insbesondere durch die Einstellung zusätzlicher Steuerfahnderinnen und -fahnder sowie Betriebsprüferinnen und -prüfer und durch die Einführung eines Wassercent.

Mit den zusätzlichen Mitteln wollen wir vor allem in der Sozial- und Bildungspolitik einen echten Politikwechsel einleiten. Angesichts der aktuellen Entwicklungen sehen wir umso deutlicher, dass gerade die Kommunen in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt werden müssen. Sie brauchen deutlich mehr Mittel für Investitionen, auch um Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen.



Janine Wissler,
Fraktionsvorsitzende



Willi van Ooyen,
Fraktionsvorsitzender



Gabi Faulhaber



Hermann Schaus,
Parlamentarischer
Geschäftsführer



Marjana Schott



Ulrich Wilken,
Landtagsvizepräsident

Bewertung des Landeshaushaltes 2017

Der Landeshaushalt für das Jahr 2017 zeigt, dass sich die Schuldenbremse selbst in vermeintlich guten Zeiten negativ auswirkt. Mit dem von der schwarzgrünen Landesregierung eingeschlagenen Konsolidierungskurs kommt das Land zwar einem ausgeglichenen Haushalt näher, allerdings werden dafür andere Ziele aufgegeben. Gerade bei den dringend notwendigen Investitionen in die Infrastruktur oder die Energie- und Verkehrswende fällt Hessen weiter zurück. Hier spart die Landesregierung an der Zukunft, um kurzfristig bessere Haushaltszahlen verkünden zu können – ein Kurs, der sich in den nächsten Jahren rächen wird, wenn der Investitionsbedarf noch größer ist, weil die Infrastruktur auf Verschleiß gefahren wird.

Mehr Geld für Hessens Kommunen

Dabei zeigen sich schon heute in vielen Kommunen die negativen Folgen einer Haushaltspolitik, die vor allem darauf setzt, Investitionen zu senken, um Haushalte auszugleichen. Hier hat die chronische Unterfinanzierung dazu geführt, dass die Investitionsquote der Kommunen sich in den letzten zwanzig Jahren fast halbiert hat. Deshalb verfällt die öffentliche Infrastruktur in vielen Kommunen – marode Schulgebäude und Schwimmbäder sind dabei nur drängendsten Folgen dieser fatalen Schuldenbremsenpolitik.

Daran hat auch das Investitionsprogramm nichts geändert, dass die Landesregierung noch kurz vor der Kommunalwahl auf den Weg gebracht hatte. Es reicht nicht einmal, um den Investitionsrückstand im Schulbereich von Wiesbaden und Frankfurt zu decken – mit diesem kleinen Wahlgeschenk kann man die verfehlte Investitionspolitik mehrerer Jahrzehnte nicht annähernd korrigieren.

Die Landesregierung muss endlich ihren Verfassungsauftrag ernst nehmen und die Einnahmen des Landes durch eine Besteuerung großer Vermögen verbessern und die Kommunen so an den Einnahmen beteiligen, dass diese endlich ihre Aufgaben erfüllen können. Es muss Schluss sein mit der kommunalfeindlichen Politik der schwarzgrünen Schuldenbremsenkoalition.

Für eine emanzipatorische und inklusive Bildungspolitik

Selbst die schwarzgrüne Landesregierung sieht sich genötigt, im kommenden Jahr zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer zu schaffen. DIE LINKE fordert darüber hinaus aber echte Verbesserungen in den Schulen – und zwar für Alle. Um Unterrichtsausfall zu vermeiden, Klassen zu verkleinern, die Ganztags-

schulen auszubauen und die Inklusion zu verwirklichen, fordern wir 4.000 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer. Da die Integration vieler Geflüchteter gerade in den Schulen besondere Herausforderungen darstellt, brauchen wir hier zusätzliche Anstrengungen. DIE LINKE fordert für diese Aufgaben zusätzlich 1.400 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer sowie 500 weitere Stellen für Sozialarbeit und den Umgang mit traumatisierten Kindern.

Wohnen ist ein Menschenrecht

Auch im Bereich der Förderung des Sozialen Wohnungsbaus sieht die schwarz-grüne Landesregierung den Bedarf erst durch die hohe Zahl an Menschen begründet, die bei uns Schutz suchen. Zwar ist es richtig, dass auch Flüchtlinge bei uns Wohnungen suchen, die Wohnungsnot in den Ballungsräumen besteht aber schon deutlich länger.

Seit Jahren fordert DIE LINKE deshalb, endlich deutlich mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau und für die Wohnraumversorgung Studierender bereit zu stellen. Außerdem soll der Bestand an Wohneinheiten für studentische Nutzung in Hessen jährlich um 2.000 Einheiten erhöht werden. Der Neubau studentischen Wohnraums soll aus Landesmitteln mit 20.000 Euro je Einheit gefördert werden. Um den langjährigen Rückgang an Sozialwohnungen umzukehren und zukünftig den Bestand wieder zu steigern, soll das Land Hessen Mittel zur Verfügung stellen, um 10.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr errichten zu können.



Haushaltsanierung auf dem Rücken der Beamtinnen und Beamten

Seit DIE LINKE im Hessischen Landtag vertreten ist, hat sie sich für eine angemessene Besoldung und angemessene Arbeitsbedingungen der hessischen Beamtinnen und Beamten eingesetzt. Stets haben wir uns für eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifiergebnisse auf alle Beschäftigten des Landes Hessen eingesetzt. Dies werden wir auch weiterhin mit Beharrlichkeit tun. Auch wenn die Landesregierung nun endlich die ungerechte 42-Stunden-Woche für Beamtinnen und Beamte angeht, werden diese weiterhin benachteiligt. Im Jahr 2015 mussten die Beamtinnen und Beamten Kürzungen bei der Krankenversorgung und eine Nullrunde bei der Besoldung hinnehmen.

2016 wurden die Einkommen der Beamtinnen und Beamten ebenfalls von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt und die Besoldung um nur ein Prozent angepasst. Diese obrigkeitsstaatliche Alimentierung der Beamten – rein nach Kassenlage – ist frustrierend, demotivierend, geht zu Lasten der Gesundheit und ist schlichtweg verfassungswidrig. Die Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden ab August 2017 ist deshalb nur ein schwaches Trostpflaster. Mit der Abkoppelung von der allgemeinen Lohnentwicklung haben die Beamtinnen und Beamten diese Arbeitszeitverkürzung sogar selbst bezahlt.



Soziales – Arbeit

Pauschalen für Kindertagesstätten erhöhen – Elternbeiträge abschaffen

-239,4 Mio. Euro

In vielen hessischen Kommunen werden die Elternbeiträge empfindlich erhöht und gleichzeitig wird die Personalausstattung reduziert. Die Kommunen, die den größten Teil der Kinderbetreuungskosten tragen müssen, versuchen so ihre Defizite zu verringern. DIE LINKE will das Gesetz ändern, so dass das Land ab Juli 2017 höhere und vereinfachte Pauschalen übernimmt und die Elternbeiträge abgeschafft werden. Damit werden die Kommunen und Träger in die Lage versetzt, künftig eine qualitativ gute und für die Eltern kostenlose Kinderbetreuung zu leisten. Die finanziellen Spielräume – auch über den Bürokratieabbau für die Kommunen – geben die Voraussetzungen, mehr pädagogische Fachkräfte einzustellen und diese besser zu bezahlen. In Zukunft soll das Land die Kosten der frühkindlichen Bildung vollständig übernehmen.

Krankenhausfinanzierung verbessern

-150 Mio. Euro

Die hessischen Krankenhäuser leiden unter einem erheblichen Investitionsstau. Dieser führt zu hohen Defiziten bei etwa 40 Prozent der hessischen Krankenhäuser. Besonders private, aber auch öffentliche Häuser bauen Personal ab, um Kosten zu senken. Dies führt zu einem erhöhten Arbeitsdruck und Qualitätseinbußen, wie z. B. bei der Hygiene, die Patientinnen und Patienten empfindlich treffen können. Der bereits bestehende Personalmangel wird verschärft, weil die Pflegekräfte oft nur noch Teilzeit arbeiten können, um ihre eigene Gesundheit durch die Belastung nicht weiter zu gefährden. Die hessische Krankenhausgesellschaft geht bei den Investitionsmitteln von einem Bedarf von jährlich 150 Millionen zusätzlich aus. Weiterhin muss das Land kommunale und kleine Kliniken bei der Umstrukturierung unterstützen, statt lediglich ‚Abwrackprämien‘ aus dem Krankenhausstrukturfonds zu zahlen und auf die Schließung von Kliniken und Stationen und Bettenabbau hin zu arbeiten.

Qualitätsentwicklung und Ausbau der ambulanten Hilfen für psychisch kranke Menschen

-2,6 Mio. Euro

Um Krankenhausaufenthalte und Unterbringung von Menschen mit psychischen Erkrankungen zu verhindern, ist eine gut organisierte und ausgebaute ambulante Infrastruktur erforderlich. Mittelfristig müssen die sozialpsychiatrischen Dienste in allen Kreisen und kreisfreien Städten entsprechend der Empfehlungen der Enquetekommission ausgebaut werden. Die Kommunen benötigen mehr finanzielle Unterstützung, um ausreichend Psychiaterinnen und Psychiater und

Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen zu beschäftigen. Weiterhin soll die Landesregierung eine Qualitätsoffensive bezüglich der Behandlung von Menschen mit psychischen Erkrankungen eröffnen. Es soll eine wissenschaftliche Begleitung beauftragt werden, die im Bewusstsein der Psychiatriereform die aktuelle Entwicklung der psychiatrischen Einrichtungen (stationär und ambulant) darauf hin überprüft, ob sie den Grundsätzen der UN-Behindertenrechtskonvention entsprechen, wie Zwangsmaßnahmen in der Psychiatrie verhindert werden, inwiefern ambulante Versorgungskonzepte statt stationäre Versorgung und Unterbringung eingesetzt werden können, wie der Einsatz von Psychopharmaka gesenkt und wie im häuslichen Umfeld geeignete Unterstützungseinrichtungen geschaffen werden können, damit Menschen mit psychischen Erkrankungen gut versorgt werden.

Qualität der Altenpflegeausbildung sichern

-11,3 Mio. Euro

Eine menschenwürdige Pflege älterer Menschen sollte eigentlich eine selbstverständliche Aufgabe des Landes sein. Der Hessische Pflegemonitor zeigt aber, dass im Jahr 2014 in Hessen 4570 Pflegefachpersonen gefehlt haben, um alle offenen Stellen zu besetzen. Von Seiten der Hessischen Landesregierung wird aber an der Ausbildung der Fachkräfte gespart. Obwohl das Land den Altenpflegegeschulen die angemessenen Kosten für die Ausbildung erstatten muss, wurde das Schulgeld viele Jahre nicht erhöht, zwischenzeitlich sogar gesenkt und im letzten Jahr nur wenig erhöht.

DIE LINKE schlägt vor, den Haushaltsansatz so anzuheben, dass die Schulen durchschnittlich 500 Euro pro Platz und Monat erhalten. Der Haushaltsansatz soll den Schulen vollständig zur Verfügung gestellt werden. Weitere zwei Millionen Euro sind erforderlich, um die Kosten der Sprachförderung zu decken. Es ist notwendig in Schulen und anderen Einrichtungen über die Altenpflege zu informieren, um mehr Auszubildende zu gewinnen.

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

-10 Mio. Euro

In gemeinnützigen Sozialbetrieben sollen unbefristete und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden – zusätzlich zu Pflichtaufgaben und vorhandenen Stellen. Die Arbeitslosen können nur an diesem Programm teilnehmen, wenn sie freiwillig einen solchen Arbeitsplatz annehmen. Es dürfen keine Sanktionen ausgesprochen werden. Die Arbeitsplätze werden tariflich bezahlt und müssen existenzsichernd sein.

Mit der Agentur für Arbeit soll vereinbart werden, dass Mittel der Arbeitsver-

waltung, die für die betreffenden Personen nicht mehr gebraucht werden, für die Finanzierung der Stellen genutzt werden können (siehe Modellprojekte in Thüringen). Für niedrigschwellige Arbeitsprojekte in der Suchthilfe sollen 570 Tsd. Euro zur Verfügung gestellt werden.

Unabhängige Erwerbslosenberatung

-800 Tsd. Euro

Erwerbslose und andere SGB-II-Empfängerinnen und -Empfänger fühlen sich der Bürokratie nicht selten wehrlos ausgeliefert. Sie wissen oft nicht, welche Rechte und Möglichkeiten ihnen zustehen, wann eine Entscheidung anfechtbar ist und wann nicht. Da sie keine Möglichkeit haben auf eigene Kosten Rechtsberatung einzuholen, kommt es zu Sanktionen, Schulden, Wohnungsverlust, Energieabschaltungen und Vielem mehr.

Gäbe es eine Unterstützung der in Hessen ansässigen und der noch zu entwickelnden, flächendeckenden Erwerbslosenberatungs- und Unterstützungseinrichtungen, müsste es in den meisten Fällen gar nicht so weit kommen. Diese Beratungseinrichtungen können die Betroffenen bei den Besuchen in den Ämtern begleiten, beraten und die Selbsthilfe unterstützen.

Teilhabekarte realisieren

-760 Tsd. Euro

Bereits in den letzten beiden Haushaltsjahren standen 100 Tsd. Euro zur Verfügung, um ein Konzept für die Einführung einer Teilhabekarte für Menschen mit niedrigen Einkommen zu erarbeiten. Bisher ist nichts passiert. Es wird mehr Geld gebraucht, um die Kommunen in die Lage zu versetzen, mit dem Land, den Verkehrsbetrieben, den kommunalen Einrichtungen, Vereinen und Unternehmen Verhandlungen für eine Teilhabekarte zu führen. Eine solche Karte würde die ermäßigte Nutzung des Nahverkehrs sowie vergünstigte Besuche von Theatern, Schwimmbädern und anderen Einrichtungen ermöglichen.

Schwangerschaftsberatung sachgerecht finanzieren

-1,6 Mio. Euro

Die Herausforderungen für die Beraterinnen und Berater in der Familien- und Schwangerschaftskonfliktberatung haben sich erhöht. Dies wird von der Landesregierung nicht gesehen. Im Gegenteil, sie hält an der nicht sachgerechten Berechnung der Kostenübernahme für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Beratungsstellen fest. Es sollten tatsächlich die Kosten für die Beratungskräfte übernommen werden. Ebenfalls nicht einberechnet werden die betriebliche Altersvorsorge und der Kinderzuschlag, somit sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die meist aus familiären Gründen auf Teilzeitarbeit angewiesen sind, von Altersarmut bedroht. Weiterhin sollen mehr Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter in Beratungsstellen finanziert werden, um die Beratungsgänge abzubauen.

Ombudsstelle Kinderrechte

-120 Tsd. Euro

Die Ombudsstelle Kinderrecht ist in Hessen Anlaufpunkt, unabhängige Beratungsstelle und rechtliche Unterstützung für Kinder und Jugendliche sowie junge Erwachsene und ihre Familien, die rechtliche Informationen, insbesondere im Rahmen der Jugendhilfe, benötigen. Diakonie, Caritasverband und die Liga der Wohlfahrtsverbände engagieren sich hier, ein Verein wurde gegründet. Damit sind alle Voraussetzungen erfüllt, so dass die hessische Landesregierung die Einrichtung finanziell unterstützen kann und damit die UN-Kinderrechtskonvention umsetzen würde. Diese fordert, Kindern und Jugendlichen eine Anlaufstelle zu geben, damit sie sich über ihre Rechte informieren und sie letztendlich auch durchsetzen können.

Gehörlosen-Geld einführen

-1,5 Mio. Euro

Analog zum Blindengeld soll es einen finanziellen Ausgleich für gehörlose Menschen geben. Nach dem Vorbild anderer Bundesländer sollen die durch Gehörlosigkeit entstehenden Mehrausgaben ausgeglichen werden. Dies stellt einen wichtigen Beitrag zur Absenkung der Kommunikationsbarrieren zwischen den Hörgeschädigten und ihren Mitmenschen dar. Gleichzeitig wird damit dem Grundsatz der Gleichbehandlung Rechnung getragen.



Bildung – Wissenschaft

„Qualitätsoffensive Bildung“

-317,6 Mio. Euro

Inklusion und der Ausbau echter Ganztagsschulen nach dem Profil 3 gehören zu den großen Herausforderungen der hessischen Schulpolitik. Leider stagnieren die Bemühungen der Landesregierung in beiden Bereichen seit Jahren. Damit muss nun endlich Schluss sein: Wir fordern jeweils 2.000 neue Lehrerinnen und Lehrer für beide Bereiche.

Schülerbeförderung für Alle

-30 Mio. Euro

Um die tatsächliche Übernahme aller Schülerfahrtkosten (auch nach der 10. Klasse) zu erreichen, werden in einem ersten Schritt sofort 30 Mio. Euro zur Verfügung gestellt als abrufbare Sofortmaßnahme für entsprechende Programme für Kommunen. Darunter fällt auch die Vorfinanzierung von Fahrkarten für Kinder.

Bessere Prävention und Integration durch Ausbau von Schulsozialarbeit und schulpsychologischem Dienst an Schulen

-19,5 Mio. Euro

Der notwendige Ausbau von ganztätig arbeitenden Schulen, die Anforderungen von Inklusion und die schwierigen Entwicklungen an manchen Schulen machen den Einsatz zusätzlichen Fachpersonals dringend erforderlich. Wir fordern je 250 zusätzliche Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und 250 Stellen für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen.

Musikalische Bildung an Schulen – Projekt „ZusammenSpielMusik“

-900 Tsd. Euro

Die musikalische Bildung an Schulen durch Projekte wie Jedem Kind ein Instrument „JeKi“ muss langfristig gesichert und flächendeckend ausgebaut werden. Für viele Kinder sind diese Projekte die erste Annäherung an das Musizieren.

Versteckte Gebühren abschaffen – Lernmittelfreiheit sicherstellen

-12 Mio. Euro

Der Schulbesuch muss für Schülerinnen und Schüler ohne zusätzliche Kosten für Lehr- und Lernmaterial ermöglicht werden. Wir fordern die wirkliche Herstellung der Lehr- und Lernmittelfreiheit, das heißt, alle schulrelevanten Lehr- und Lernmaterialien müssen den Kindern und Jugendlichen ohne Kosten zur Verfügung gestellt werden.

Teilnahme am EU-geförderten Schulobstprogramm**-500 Tsd. Euro**

Um insbesondere Kindern und Jugendlichen aus finanziell schlechter gestellten Familien auch während des Schultages gesunde Nahrung zur Verfügung zu stellen, soll sich das Land Hessen an dem zu 75 Prozent aus EU-Mitteln geförderten Schulobstprogramm beteiligen.

Lebenslanges Lernen**-2 Mio. Euro**

Trotz des ersten hessischen Weiterbildungspakts und den damit in den Landeshaushalt eingestellten Mitteln sind insbesondere die Alphabetisierung und die Sprachförderung geflüchteter Menschen mit jeweils einer Million zusätzlich zu fördern.

Die Kürzung der Lehrerstellen an den Berufsschulen muss zurückgenommen werden**-1 Mio. Euro**

Um guten und verlässlichen Unterricht auch in der Berufsschule zu garantieren, müssen Lehrerstellen aufgestockt und ausgebaut statt gekürzt werden. Die Kürzungen sind nach wie vor inakzeptabel und müssen zurückgenommen werden.

Landesprogramm ‚Schulgebäudesanierung‘**-150 Tsd. Euro**

Landesweit ist die Schullandschaft vor allem durch eine Gemeinsamkeit geprägt: marode und dringend sanierungsbedürftige Schulgebäude und Schulsporthallen. Die Sanierungskosten können nicht allein von den Städten und Gemeinden bzw. den Schulträgern getragen werden, ein landesweites Schulsanierungsprogramm ist dringend notwendig.



Um im Haushaltsjahr 2018 entsprechende Mittel einzustellen muss zuerst ein Überblick über die entstehenden Kosten gewonnen werden. Hierfür müssen eine Zustands- und Bedarfsanalyse erstellt werden, für die im Haushaltsjahr 2017 150.000 Euro eingestellt werden.

Sicherstellung der Arbeit der Studierendenwerke zur sozialen Absicherung der Studierenden

-160 Mio. Euro

Das Land hat sich in den letzten Jahren schrittweise aus der Finanzierung der Studierendenwerke zurückgezogen. Um diesen eine ihren Aufgaben entsprechende Finanzierung zu ermöglichen, ist eine deutliche Erhöhung der Landeszuschüsse nötig.

Bildung für Alle – statt Eliteschmieden für Privilegierte

+1,3 Mio. Euro

Während öffentlichen Hochschulen in Hessen Mittel in Millionenhöhe gekürzt wurden, fördert das Land mit der European Business School (EBS) eine private Elitehochschule. Die staatliche Subventionierung einer Hochschule, die privatwirtschaftlich organisiert ist und einen Semesterbeitrag von 12.000 Euro verlangt, lehnen wir ab.

Rücklage für den Rückkauf des UKGM

-50 Mio. Euro

Die Privatisierung des Uniklinikums Gießen-Marburg (UKGM) ist gescheitert. Ein Rückkauf des Klinikums vom Land ist mit Rücksicht auf die Notwendigkeit einer guten öffentlichen Versorgung im Gesundheitswesen, als auch mit Blick auf die Forschungsstandorte Gießen und Marburg unerlässlich. Der Betrieb eines Uniklinikums ist originäre öffentliche Aufgabe und kann nicht Gegenstand privaten Profitstrebens sein. Da die Landesregierung gegenwärtig weder gewillt noch in der Lage ist, den notwendigen Rückkauf zu organisieren, ist es erforderlich, dass der Haushaltsgesetzgeber zukünftigen Landesregierungen die Möglichkeit gibt, das UKGM zurück zu kaufen. Die Bildung einer Rücklage soll dazu beitragen, indem bereits jetzt Vorsorge für die bei einem Rückkauf des Klinikums anfallenden Kosten in unbekannter Höhe getroffen wird.

Kompetenzstelle Zivilklausel

-100 Tsd. Euro

Mit der Schaffung einer Kompetenzstelle Zivilklausel soll den Forscherinnen und Forschern an den hessischen Hochschulen eine Beratungs- und Prüfstelle an die Seite gestellt werden. Deren Aufgabe ist es, Forschungsprojekte auf ihre zivile und friedliche Ausrichtung hin zu überprüfen und den ‚dual use‘ auszuschließen.

Kulturförderung

Museumsförderung an den tatsächlichen Bedarf anpassen **-1,18 Mio. Euro**

Der Hessische Museumsverband übernimmt wesentliche Leistungen, die in anderen Bundesländern von staatlichen Stellen geleistet werden. Dafür erhält er vom Land Hessen eine unzureichende finanzielle Förderung. Die Mittel für die Projektförderung der staatlichen und privaten Museen sollen entsprechend dem tatsächlichen Bedarf verdoppelt werden. Jugendkunstschulen, Künstlerinnen und Künstler und Kunstvereine sollen einen Ausgleich für die seit langem nicht angepasste Förderung erhalten.

Anpassung der Fördermittel für die Organisationen **-805 Tsd. Euro** und Verbände in der Film-, Literatur- und Musikförderung

Die Haushaltsmittel, mit denen die Verbände und Einrichtungen Leistungen für Kunst und Kultur in Hessen erbringen, sind zum Teil seit mehr als zehn Jahren nicht mehr erhöht worden. Dieser schleichenden Aushöhlung der Förderung soll mit dieser Anpassung entgegengewirkt werden.



Wirtschaft und Verkehr

Überbetriebliche Berufsausbildung stärken ...

-1 Mio. Euro

Viele Betriebe, die allein nicht die Möglichkeit haben auszubilden, schließen sich zu Ausbildungsverbünden zusammen und bieten so praxisnahe Ausbildungsplätze an. Angesichts des chronischen Mangels an betrieblichen Ausbildungsplätzen wollen wir diese Initiativen ausbauen und mit Landesmitteln fördern.

... und Altbewerberförderung ausbauen

-1,5 Mio. Euro

Die Mittel zur Förderung der Ausbildung von Jugendlichen, die seit längerem vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen, müssen erhöht werden. Die letzten Landesregierungen haben ihnen wiederholt die Fördermittel gekürzt. Angesichts von fast 10.000 Betroffenen in Hessen darf es nicht sein, dass der Landeshaushalt ausgerechnet auf Kosten dieser jungen Menschen saniert werden soll.

ÖPNV verbessern, günstiger und klimaneutral machen

-80 Mio. Euro

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist einer der größten Arbeitgeber im Land und bietet Mobilität gerade für junge Menschen und Senioren sowie für Menschen ohne PKW. Er leistet außerdem einen unentbehrlichen Beitrag zur Senkung des verkehrsbedingten Abgasausstoßes. Aber der ÖPNV in Hessen wird seit Jahren unzureichend finanziert. Im ländlichen Raum ist das Angebot kaum noch alltagstauglich. Für Investitionen und zur Förderung des laufenden Betriebs wollen wir je 40 Millionen Euro Landesmittel zusätzlich einstellen.

Diese Mittel sollen auch verwendet werden, um Fahrpreise zu senken und Machbarkeitsstudien für eine umlagefinanzierte ‚ÖPNV-Flatrate‘ für alle zu finanzieren – sowie lokale Pilotprojekte für einen solchen ‚fahrtscheinlosen‘ Nahverkehr anzustoßen. Außerdem sollen 14 Millionen Euro in ein Pilotprojekt für ein klimaneutrales ÖPNV-Angebot fließen, um den CO₂-Ausstoß zu senken und so vor Ort einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Entwicklungszusammenarbeit stärken

-260,5 Tsd. Euro

Zahlreiche Gruppen und Organisationen in Hessen engagieren sich für die Entwicklungszusammenarbeit. Hier geht es um drängende soziale und ökologische Anliegen, die Menschen in Entwicklungsländern, aber auch hier in Hessen unmittelbar betreffen. Die Ministerpräsidenten aller Bundesländer haben sich verpflichtet, ihre Anstrengungen in diesem Bereich auszuweiten. Hessen hinkt hier weit hinterher. Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Mittel für die internatio-

nale Entwicklungszusammenarbeit, da Deutschland das international vereinbarte Ziel von 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung weiter erheblich verfehlt.

Umwelt- und Klimaschutz, Verbraucherpolitik, Forst- und Landwirtschaft

Klimaerwärmung deutlich unter zwei Grad halten

-46 Mio. Euro

Klimaschutz- und Stoffeffizienz in Klärwerken – nachhaltigerer Umgang mit der endlichen Ressource Phosphor ist dringend notwendig

Die 720 kommunalen Abwasserbehandlungsanlagen in Hessen sind für ca. 20 Prozent des Stromverbrauchs aller kommunalen Einrichtungen verantwortlich. Das muss geändert werden. Aus den Klärschlämmen und weiteren organischen Abfällen kann Biogas erzeugt werden, aus dem in Kraftwärmekopplung Strom und Wärme hergestellt wird. 25 bis 50 Prozent des Energieverbrauchs der Abwasserreinigung kann eingespart werden.

Phosphor ist für alle Lebewesen unersetzlich und neben Stickstoff die wichtigste Grundlage für Pflanzenwachstum. Phosphor ist ein immer knapper werdender Mineralstoff. In den Gewässern wird er aber zum Problem, weil er dort das Algenwachstum beschleunigt. In Zukunft muss Phosphor aus den Abwässern zurückgewonnen werden. Diese Möglichkeit wollen wir mit Landesmitteln fördern.

Klimawandel und Energiewende

-30 Mio. Euro

Die Energieversorgung darf nicht wenigen Großkonzernen überlassen werden, denen es nur um Profite aber nicht um den Klimaschutz geht. Die Wertschöpfung, vor allem aus der Windenergie, muss den Kommunen und den Menschen vor Ort zugutekommen. Es soll ein Landesprogramm zur Stärkung der Kommunen als Hauptträger der Energiewende und des Klimaschutzes in Hessen geschaffen werden.

Hessenforst muss Kommunen Flächen für die Windenergie pachtfrei zu Verfügung stellen

-2,04 Mio. Euro

Dem Landesbetrieb Hessen-Forst gehört ein Großteil der Waldflächen. Die hohe Pacht, die Hessen-Forst für die Nutzung als Windenergieflächen verlangt, erschweren Investitionen und bremsen den Ausbau, der für den Endkunden preiswerten Onshore-Windenergie in Hessen. Der Landesbetrieb Hessen-Forst soll den kommunalen Energiegenossenschaften, Kommunen und Landkreisen Waldflächen für die Windenergienutzung pachtfrei zu Verfügung stellen. Da-

durch profitieren die Menschen doppelt: Vom Klimaschutz und von den Mehreinnahmen durch die Windkraftanlagen. Das schafft Akzeptanz sowie Arbeitsplätze und dass stärkt die Kommunalfinanzen.

EU-Wasserrahmenrichtlinie, Biodiversitätsstrategie und Biotopverbund Natura 2000: Zur Umsetzung fehlt überall gutes Personal **-1,34 Mio. Euro**

Der Raubbau am Personal der letzten 13 Jahre hat zunehmend negative Folgen. Ob für die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, der Biodiversitätsstrategie oder der Sicherung des länderübergreifenden Biotopverbundes Natura 2000: überall fehlen für eine gute Umsetzung dieser Projekte des Umwelt- und Naturschutzes gut ausgebildete Menschen. In einem ersten Schritt sollen 29 Projektentwickler und Naturschutzfachleute zusätzlich für die Umsetzung eingestellt werden.

Nachhaltiger Waldbau, Umweltbildung und mehr Beschäftigte in hessischen Wäldern **-10 Mio. Euro**

Der Stellenabbau nach der ‚Operation düstere Zukunft‘ 2003 hat zu höherem Arbeitsdruck und das bei stetig steigendem Durchschnittsalter der Beschäftigten geführt. Auch wird in den Forstbetrieben nicht genug ausgebildet. Förster und Waldarbeiter können den gesetzlich festgeschriebenen Bildungsaufgaben und angestiegenen Anforderungen eines nachhaltigen Waldbaus nicht nachkommen. Für die Arbeiten im Forst sind deshalb 200 neue Waldarbeiterinnen und Waldarbeiter einzustellen. Zusätzlich muss jeder Revierförsterei mindestens einer auszubildenden Forstwirtschaftlerin oder einem auszubildenden Forstwirtschaftler zugeordnet werden. Der Personalbedarf liegt bei 100 bis 150 Stellen.

Verbraucherschutz und Lebensmittelüberwachung stärken – Verbraucherrechte ausweiten **-1,48 Mio. Euro**

Immer mehr Menschen haben Beratungsbedarf bei der Auswahl und dem Wechsel von Telefon-, Strom- oder Gasanbietern, bei Internet- und Bankgeschäften, der Auswahl einer zusätzlichen Altersversorgung oder dem täglichen Einkauf von z. B. gentechnikfreien Nahrungsmitteln. 50 Cent pro Einwohnerin und Einwohner für die Beratungstätigkeiten, eine Erhöhung der Projekt- sowie Personalmittel sind für einen guten Verbraucherschutz aber mindestens notwendig. Industrialisierung und Globalisierung der Lebensmittelproduktion erhöhen die Anforderungen an eine Überwachung unserer Nahrungsmittel stetig. Dies gilt für den Schutz des Saatguts vor genetischen Verunreinigungen genauso wie für Honigimporte und die notwendige intensive Kontrolle bei der Tierzucht (Veterinärwesen). Dafür braucht es mehr Personal und höhere Sachmittel.

Gesamtbelastungsstudie qualifizieren, umweltökonomische Bilanz erarbeiten

-845,5 Tsd. Euro

Stickoxide, Feinstaub, Lärm und Flächenfraß – das Land kann seiner zentralen Aufsichtspflicht im Bereich der Umweltüberwachung nicht nachkommen. Zur Einschätzung der komplexen Umweltbelastungen für Menschen in Ballungsräumen und als Planungshilfe brauchen wir Langzeituntersuchungen mit Human- und Bio-Monitoring. Die Frage, wie viel uns das ungebremste Wachstum kostet, muss für den Flughafen und andere Großprojekte beantwortet werden. Das Human-Biomonitoring soll Teil der Umweltüberwachung werden und als Grundlage für eine raumverträgliche Flächennutzungsplanung sowie der Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) dienen. Zusammen mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern sowie den Umweltverbänden und Fachleuten aus Wissenschaft und Verwaltung soll ein solches Programm erarbeitet werden.

Wasserentnahmeentgeld Einnahmen

+75 Mio. Euro

Als umweltökonomisches Steuerungsinstrument ist die Einführung und Erhöhung verbrauchsabhängiger Abgaben auf Ressourcen prinzipiell zu begrüßen. Sie unterstützen den Schutz der natürlichen Ressourcen und fördern einen sparsamen Verbrauch. Zusammen mit einer geringeren Besteuerung von Arbeit ist diese ein Lenkungsinstrument für eine nachhaltige Ressourcennutzung sowie den sozial-ökologischen Umbau. Aus dem Wasserentnahmeentgeld sollen Projekte einer nachhaltigen und ökologischen Ressourcennutzung – die wiederum positive volkswirtschaftliche Effekte haben – sowie die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie finanziert werden.



Innenpolitik – Öffentlicher Dienst

Privatisierungen stoppen – Wirtschaft und Kommunen demokratisieren!

+4,75 Mio. Euro

Unter den Ministerpräsidenten Koch und Bouffier wurde Hessen zu einem Musterland der Privatisierung: Gebäude, Energieversorger, Krankenhäuser, Schulen und selbst Gefängnisse wurden verkauft oder teilprivatisiert. Es entstehen hierdurch nachweislich hohe Defizite, Verschlechterungen für die Allgemeinheit und ein Abbau von Rechten der Beschäftigten. DIE LINKE möchte diese Politik beenden und die öffentliche Infrastruktur stärken. Das so genannte ‚Kompetenzzentrum PPP‘, mit welchem das Land Hessen weiter Privatisierungen fördert, soll aufgelöst werden.

Hessens Regionen und öffentliche Infrastruktur stärken **-355 Tsd. Euro**

Von Gesundheit, über Energie bis zur Mobilität: Die Kommunen und Menschen vor Ort brauchen eine gute öffentliche Infrastruktur in kommunaler Selbstverwaltung, statt Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg aus fernen Konzernzentralen. Mensch und Umwelt sollen in Hessen im Zentrum stehen. Das Land Hessen soll die Kommunen deshalb mit dem ‚Kompetenzzentrum für Re-Kommunalisierung‘ qualifiziert beraten. Öffentliche Leistungen wie die Energieversorgung, die Gesundheit oder der Nahverkehr müssen wieder öffentlich organisiert und betrieben werden.



Menschen und Kommunen bei Energiewende unterstützen: Die Klimaschutzbeauftragte

-1,6 Mio. Euro

Es gibt verschiedenste Förderprogramme und technische Möglichkeiten zur Einsparung von Energie und zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Doch obwohl Investitionen in Privathaushalte, öffentliche Gebäude und in Betrieben ökonomisch und ökologisch absolut sinnvoll wären, scheitern sie oft an fehlendem Überblick. Wir wollen deshalb, dass in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt Energiebeauftragte beratend und unterstützend tätig sind. Sie sollen regionale Energie- und Klimaschutzpläne erarbeiten, Förderprogramme bündeln und Privathaushalte, die öffentliche Hand und Betriebe kostenlos beraten.

Für Demokratie und Freiheit –

+8,5 Mio. Euro

Nein zu Schnüffelstaat und Verfassungsschutz

Geheimdienste, die unkontrolliert die Bevölkerung bespitzeln und überwachen, gefährden und zerstören Demokratie und Freiheit. Und Geheimdienste, die in einem Netz von V-Leuten und obskuren Ermittlern sogar mit dem rechten Terror-millieu verwoben sind, gehören abgeschafft. Obwohl der Inlandsgeheimdienst jeglichen Nachweis seiner notwendigen und ordentlichen Arbeit schuldig bleibt, wurde sein Budget seit 2006 annähernd verdoppelt! Allein seit 2016 wurden 70 neue Stellen geschaffen und 31 Stellenhebungen bewilligt. Wir wollen den hessischen Inlandsgeheimdienst schrittweise auflösen. Gegen anti-demokratische, rassistische und menschenfeindliche Gefährdungen soll es stattdessen eine unabhängige Anstalt des öffentlichen Rechts für Demokratie und Menschenrechte geben, die auch wissenschaftlich arbeitet und unterstützt, ohne V-Leute und ohne das Recht auf Schnüffelei!

Neofaschismus bekämpfen –

-2,2 Mio. Euro

zivilgesellschaftliches Engagement fördern

Hass, Gewalt, Demokratiefeindlichkeit und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nehmen insbesondere durch Rechtspopulismus, Rassismus und Islamismus dramatisch zu. Wir fordern seit Jahren Bildungs- und Präventionsarbeit – nicht vom Verfassungsschutz, sondern von zivilen Vereinen und Organisationen. Denn anders als der Verfassungsschutz arbeiten diese demokratisch und transparent und sind nicht Teil der braunen Szene. Wir wollen jährlich gut zwei Millionen Euro für ein Aktionsprogramm gegen Neo-Faschismus bereitstellen. Diese Fördermittel können mit Programmen des Bundes gekoppelt werden und sollen Gruppen, Initiativen, Vereine und Projekte unterstützen, die sich der Jugendaus- und -weiterbildung, der Förderung von interkulturellen Begegnungen sowie dem zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Neo-Faschismus widmen.

Faire Bezahlung und Arbeitszeiten im Öffentlichen Dienst

-323,4 Mio. Euro

Die hessischen Beamtinnen und Beamten haben mit 42 Wochenstunden bis August 2017 die längste Wochenarbeitszeit und mit 67 Jahren auch die längste Lebensarbeitszeit in ganz Deutschland. Dennoch vollzieht die Landesregierung reale Lohnkürzungen, nämlich durch eine Nullrunde 2015 und durch eine nur 1,0-prozentige Steigerung 2016 sowie die Streichungen bei der Beihilfe. Wir wollen die Arbeitszeit – wie in allen Bundesländern – ab Januar 2017 auf 40 Stunden begrenzen und die Beamtinnen und Beamten am abgeschlossenen Tarifergebnis teilhaben lassen.

Schwimmbäder erhalten und sanieren

-25 Mio. Euro

Schwimmbäder sind wichtige Einrichtungen in den Kommunen. Sie stellen nicht nur ein Freizeitangebot dar, sondern dienen auch dazu, dass Kinder in der Grundschule schwimmen lernen können. Damit die bestehenden Schwimmbäder erhalten und ausgebaut werden können, benötigen die Kommunen finanzielle Unterstützung durch das Land. Mit unserem mehrjährigen Sonderprogramm wollen wir dazu beitragen, dass sowohl notwendige Sanierungen stattfinden, als auch Zuschüsse zu Betriebskostendefiziten geleistet werden.

Mehr Investitionen in Städten, Kreisen und Gemeinden

-345 Mio. Euro

In unseren Städten, Landkreisen und Gemeinden wird aufgrund der strikten Haushaltspolitik des Landes, wegen der Schuldenbremse und dem sogenannten Schuttschirm immer weniger investiert. Notwendige Neubauten oder sogar die Sanierungen von Schulen, öffentlichen Gebäuden oder Straßen werden aufgrund fehlender Gelder immer öfter verschoben oder ganz gestrichen. Seit 2011 kürzt das Land Hessen den kommunalen Finanzausgleich jährlich um 345 Mio. Euro. Dieses Geld soll nun den Kommunen für notwendige Investitionen, über die sie selbst entscheiden, wieder gegeben werden.



Recht

10 Prozent mehr Stellen im Strafvollzug für konsequente -10,3 Mio. Euro Resozialisierung der Inhaftierten

Ziel des Vollzugs von Freiheitsstrafen ist die Wiedereingliederung der Gefangenen in die Gesellschaft. Diese setzt auch die Aufrechterhaltung sozialer Kontakte voraus. Dies geschieht sowohl durch Besuche von Freunden und Familie in der Justizvollzugsanstalt (JVA), als auch und vor allem durch Ausführung der Inhaftierten selbst. Um beides in hinreichendem Maße zu ermöglichen, muss genügend Personal vor Ort sein. Im Übrigen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des allgemeinen Vollzugsdienstes auch wichtige Ansprechpartnerinnen und -partner für die Inhaftierten. Die deutliche Überbelastung der Bediensteten wird durch den Krankenstand von mehr als 10 Prozent verdeutlicht. Um die Situation der Inhaftierten zu verbessern und die Bediensteten zu entlasten, muss das Personal entsprechend aufgestockt werden. Der Stellenaufbau für die Stärkung der inneren Sicherheit hingegen führt zu keiner Verbesserung, sondern macht das Stellendefizit in den JVAen noch schlimmer.

Keine Privatisierung des Strafvollzugs – 0 Mio. Euro privatisierte Dienste in der JVA Hünfeld rückverstaatlichen

Hoheitliche Aufgaben müssen hoheitliche Aufgaben bleiben. Der Vollzug von Freiheitsstrafen ist kein Geschäft und darf nicht Privaten übertragen werden. Privatisierungen sind daher auszuschließen bzw. soweit bereits vorgenommen, rückgängig zu machen. Dienste, die in privater Trägerschaft erbracht werden, sollen auf das Land Hessen zurück übertragen und künftig wieder von Landesbediensteten erbracht werden. Hessen darf sich so einen Luxus nicht leisten, da die Betreibergesellschaften teurer sind als eine staatliche Anstalt.

Konsequente Umsetzung des Resozialisierungsziels – +5,5 Mio. Euro vorzeitige Entlassung aus der Haft

Eine gute Sozialprognose ist eine essenzielle Voraussetzung für eine vorzeitige Entlassung der Gefangenen nach § 57 StGB. Eine Vollzugsplanung, die das Resozialisierungsziel ernst nimmt, versetzt die Gefangenen in die Lage, vom Gericht eine Aussetzung der Reststrafe nach § 57 StGB auf Bewährung zugesprochen zu bekommen und so ihre Haftzeit zu verkürzen. Hierauf ist hinzuwirken. Positiver Nebeneffekt ist eine Kostenersparnis.

Tierschutz

Konsequente Förderung des Tierschutzes

-150 Tsd. Euro

Engagement im Tierschutz muss auch finanziell honoriert werden: Forschung, die standardisierte Verfahren ohne Tierversuche entwickelt, braucht stabile Förderung. Die Arbeit der Tierschutzvereine soll als öffentliche Aufgabe abgesichert werden. Auf Antrag können ihnen zusätzliche Mittel bewilligt werden, um Tierheime instand zu halten und besondere Aufgaben zu erfüllen. Dazu gehören die Resozialisierung verhaltensauffälliger Hunde und die Versorgung von Fundtieren und verletzter Wildtiere.



Integration

Orientierung und Begleitung für Geflüchtete – landesweit Beratungsstrukturen schaffen

-2,6 Mio. Euro

Geflüchtete benötigen Orientierung und Begleitung. Sie sind auf Beratung bei psychosozialen Problemen, in Zusammenhang mit sozialleistungsrechtlichen Fragestellungen, bei der Familienzusammenführung oder beim Zugang zum Arbeitsmarkt angewiesen. Wir wollen diese oftmals von Ehrenamtlichen geleistete Tätigkeit auf eine professionelle Basis stellen. Daher müssen die finanziellen Voraussetzungen für eine landesweite Struktur einer Flüchtlingsberatung geschaffen werden, so dass in jeder der 26 hessischen Gebietskörperschaften Beratung erfolgen kann.

Bessere psychotherapeutische und psychosoziale Versorgung für traumatisierte Flüchtlinge

-925 Tsd. Euro

Asylsuchende sind bei ihrer Ankunft in Deutschland oftmals stark traumatisiert. Die dringend benötigte psychotherapeutische Behandlung erhalten kranke Flüchtlinge nur selten. Grund hierfür ist die Notversorgung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und die zu geringe Zahl an verfügbaren Therapieplätzen in Hessen. Wir meinen, dass alle in Deutschland lebenden Menschen, egal welchen Aufenthaltsstatus sie haben, eine würdige gesundheitliche Versorgung erhalten müssen.

Hierzu bedarf es ausreichender psychotherapeutischer und psychosozialer Angebote. Die vorhandenen Strukturen im Rhein-Main-Gebiet müssen verstärkt werden: Zusätzlich sollten drei weitere Zentren in Nordhessen, in Mittelhessen und in Südhessen entstehen.

Unabhängige Asylverfahrensberatung in der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung und ihren Außenstellen

-1 Mio. Euro

Geflüchtete müssen mit der komplizierten Materie des Asylrechts und des Aufenthaltsrechts zurechtkommen. Mit den Asylrechtsverschärfungen der vergangenen Monate wurden drakonische Sanktionen und rechtsstaatlich zweifelhafte Rechtsmittelfristen eingeführt.

Wir meinen, dass eine gute juristische Beratung elementar ist für Menschen, denen Abschiebung in Krieg und Folter droht. Daher fordern wir Mittel für eine unabhängige Asylverfahrensberatung in den hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen und den ihnen zugeordneten Außenstellen.

Gebührenfreie Deutschkurse unabhängig vom Aufenthaltsstatus

-2,4 Mio. Euro

Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchtete sollen diskriminierungs- und gebührenfrei Deutschkurse besuchen können. An den inzwischen kostenpflichtigen Integrationskursen können Asylsuchende nur dann teilnehmen, wenn noch Plätze vorhanden sind und ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist. Flüchtlinge aus angeblich sicheren Herkunftsstaaten sind von den Kursen ausgeschlossen. Wir wollen, dass alle, die Deutsch lernen wollen, dies auch können, egal welchen Aufenthaltsstatus sie haben.

Regionale Antidiskriminierungsstellen schaffen Rechtshilfefonds einrichten

-900 Tsd. Euro

Drei unabhängige und regionale Beratungsstellen sollen für Betroffene einen einfachen Zugang zur Antidiskriminierungsberatung ermöglichen. Zu einem effektiven Diskriminierungsschutz in Hessen gehört auch die Einrichtung eines Rechtshilfefonds für Betroffene von Diskriminierung.

Die Beratungsstellen sollen helfen, die Vielschichtigkeit von Diskriminierungen aufzuzeigen und zu deren Abbau beizutragen. Zwar hat das Land eine Antidiskriminierungsstelle eingerichtet. Wir finden aber, dass diese Stelle wegen der personellen Unterbesetzung und der fehlenden Unabhängigkeit nicht ausreichen wird, den vielfältigen Formen von Diskriminierung wirkungsvoll zu begegnen.

Herkunftssprachlichen Unterricht aufwerten und ausbauen -7,9 Mio. Euro

Der herkunftssprachliche Unterricht in den Sprachen der ehemaligen Anwerbestaaten von Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten fristet in Hessen ein stiefmütterliches Dasein. Seit dem Schuljahr 1999/2000 werden auslaufende Lehrerstellen nicht mehr durch Landesbedienstete, sondern durch von den Konsulaten vermittelte Lehrkräfte aus den jeweiligen Ländern ersetzt.

Dabei spielt der herkunftssprachliche Unterricht in Fragen der kindlichen Identitäts- und Sprachbildung eine nicht zu unterschätzende Rolle. Wir wollen daher, dass dieses Angebot aufgewertet und ausgebaut wird. Der herkunftssprachliche Unterricht muss wieder vollständig zurück in die Zuständigkeit des Landes.

Lehrkräfte im Bereich Multilingualität qualifizieren

-1 Mio. Euro

Schulklassen sind heutzutage sprachlich sehr vielfältig. Das Lehrpersonal aber ist oftmals nicht angemessen auf den Unterricht von multilingualer Schülerschaft vorbereitet. Wir finden, dass Sprachförderung nicht nur alleinige Aufgabe

der Deutschdidaktik sein kann. Alle Lehrkräfte benötigen methodisch-didaktische Kompetenzen im Umgang mit sprachlich heterogener Schülerschaft. Hierzu muss die Hessische Lehrkräfteakademie Aus- und Fortbildungsangebote anbieten.

Schulen für Flüchtlingsaufnahme besser personell ausstatten

-96,5 Mio. Euro

Etwa 40 Prozent der Geflüchteten sind Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter. Schulen müssen für die Bewältigung dieser Aufgabe besser ausgestattet werden. Die von der Landesregierung vorgesehenen 1.100 zusätzlichen Lehrerstellen werden nicht ausreichen.

Wir gehen davon aus, dass zusätzlich 1.400 reguläre Stellen benötigt werden, davon 900 für Lehrkräfte, sowie – speziell für die Bedürfnisse geflüchteter Schülerinnen und Schüler – 250 für Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter sowie 250 für Traumatherapeutinnen und -therapeuten.



Wohnen

Sozialwohnungsbestand deutlich ausweiten

-30 Mio. Euro

Bereits seit vielen Jahren sinkt der Bestand an Sozialwohnungen in Hessen, da der geringen Zahl an neuen Sozialwohnungen eine immer größer werdende Zahl an aus der Sozialbindung fallenden Wohnungen gegenübersteht. Nachdem die Zahl an Sozialwohnungen auch unter schwarzgrün stetig sinkt, bewegen wir uns nunmehr auf nur noch 100.000 Sozialwohnungen in Hessen zu. Gleichzeitig warten rund 45.000 Haushalte auf die Zusage für eine solche Wohnung.

Die Folge dieses Wohnraummangels sind überdurchschnittliche Mietsteigerungen im Rhein-Main-Gebiet und den größeren Städten in Nord- und Mittelhessen. Zu dieser bereits seit Jahren bestehenden Unterversorgung mit preiswertem Wohnraum bleibt zusätzlich die Unterbringung der Flüchtlinge aus den Kriegs- und Krisenregionen problematisch, da viele weiterhin in Massenunterkünften leben.

Die Menschen, die vor Krieg und Terror aus ihren Heimatländern geflüchtet sind, müssen aber ebenfalls menschenwürdig untergebracht werden. Wir wollen daher dem jahrzehntelangen Trend zum Abbau von Sozialwohnungen entgegenreten. Wie bereits im Vorjahr fordern wir die Schaffung von 10.000 neuen Sozialwohnungen pro Jahr um die stetig wachsende Zahl von anspruchsberechtigten Haushalten schnellstmöglich unterzubringen. Wir setzen dabei sowohl auf Neubau, als auch auf Umbauten von leer stehenden Büros.

Angemessenen Wohnraum für Studierende schaffen

-40 Mio. Euro

Auch für die wachsende Zahl von Studierenden gibt es nicht ausreichend angemessenen Wohnraum. Gerade einmal für etwa sechs Prozent der fast 250.000 Studierenden in Hessen stehen Wohnheimplätze zur Verfügung. Damit rangiert Hessen im Bundesvergleich weiterhin auf einen der letzten Plätze bei der Versorgung von Wohnraum für Studierende. Dieser unhaltbaren Situation muss mit einem Förderprogramm begegnet werden, welches die Wohnsituation der Studierenden deutlich verbessert.

Wir wollen, dass jährlich 2.000, den heutigen Standards entsprechende, zusätzliche Studierendenwohnungen zur Verfügung gestellt werden. Ebenso wie bei den Sozialwohnungen kann es sich hierbei auch um Umbau von leer stehenden Büros handeln.

*Mehrausgaben**Ergebnis in Tsd. €***Soziales**

Konnextitätsgerechter Ausgleich Kinderbetreuung	-239.400,0
Krankenhausfinanzierung	-150.000,0
Programme zur Erstausbildung	-13.850,0
Altenpflegeausbildung	-11.300,0
Öffentlicher Beschäftigungssektor	-10.000,0
Ambulante Hilfen für psychisch kranke Menschen	-2.600,0
Schwangerschaftsberatung sachgerecht finanzieren	-1.600,0
Förderung der beruflichen Bildung	-1.500,0
Gehörlosengeld	-1.500,0
Überbetriebliche Berufsbildungsstätten	-1.000,0
Antidiskriminierungsstelle	-900,0
Unabhängige Erwerbslosenberatung	-800,0
Teilhabeakte ausbauen	-760,0
Arbeitsprojekte in der Suchthilfe	-570,0
Medizinische Dolmetscherdienste	-500,0
Ombudsstelle Kinderrechte	-120,0
agah	-50,0
	-436.450,0

Personal

Übertragung Tarif	-158.000,0
40-Stunden-Woche bei vollem Personalausgleich (3230 Stellen)	-145.350,0
Kein Stellenabbau im öffentlichen Dienst (516,5 Stellen)	-23.300,0
Keine Kürzung der Beihilfe	-20.000,0
	-346.650,0

Bildung

Qualitätsoffensive Bildung (4000 Lehrer)	-317.600,0
Schülerbeförderung	-30.000,0
Schulpsychologische Betreuung	-19.585,0
Verbesserung der Schulsozialarbeit	-13.750,0

<i>Mehrausgaben</i>	<i>Ergebnis in Tsd. €</i>
Lernmittelfreiheit	-12.000,0
Herkunftssprachlicher Unterricht	-7.940,0
Schulverantwortliche Multilingualität	-4.300,0
Lebenslanges Lernen	-2.000,0
Lehrkräfte auf Mehrsprachigkeit vorbereiten	-1.000,0
Rücknahme der Kürzungen an beruflichen Gymnasien und Schulen für Erwachsene	-1.000,0
ZusammenSpielMusik	-900,0
Schulobstprogramm	-500,0
Landesaktionsprogramm, Schulgebäudesanierung	-150,0
	-410.725,0

Kommunen

Stärkung kommunaler Investitionen	-345.000,0
Schwimmbaderhaltungsprogramm	-25.000,0
	-370.000,0

Wissenschaft, Bildung, Kunst und Kultur

Förderung der Studierendenwerke	-160.000,0
Rücklage für den Rückkauf des UKGM	-50.000,0
Museums-, Ausstellungs- und Künstlerförderung	-1.180,3
Musikförderung	-290,4
Filmförderung	-265,0
Literaturförderung	-250,0
Kompetenzstelle Zivilklausel	-100,0
	-212.085,7

Wirtschaft und Verkehr

Förderung des ÖPNV-Angebots	-40.000,0
ÖPNV Infrastrukturförderung	-40.000,0
Lärmvorsorge, Lärmsanierung und ortsbildgerechte Umgestaltung an bestehenden Landesstraßen	-10.000,0
Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit	-260,5
Wirtschaftsförderungskonzept für Nordhessen	-250,0
Radkurse für Erwachsene	-10,0
	-90.520,5

*Mehrausgaben**Ergebnis in Tsd. €***Flüchtlinge**

Schulen für Flüchtlingsaufnahme personell ausstatten	-96.500,0
Ehrenamtlichenkoordination	-2.750,0
unabhängige Flüchtlingsberatung	-2.600,0
Sprachkurse unabhängig vom Aufenthaltsstatus	-2.400,0
Asylverfahrensberatung	-1.000,0
Psychosoziale Betreuung von Geflüchteten	-925,0

-106.175,0**Wohnen, Umwelt- und Verbraucherschutz**

Sanierung von Kläranlagen	-46.000,0
Förderung des studentischen Wohnraums	-40.000,0
Energie	-30.000,0
Förderung des sozialen Wohnungsbaus	-30.000,0
Hessen-Forst	-10.000,0
pachtfreie Flächen für Windenergie	-2.040,0
Landeslabor	-1.900,0
Klimaschutzbeauftragte	-1.651,2
Verbraucherschutz	-1.480,9
NATURA 2000	-1.347,1
Gesamtbelastungsstudie (Ballungsraum Rhein-Main)	-845,5
Umsetzung der WRRL und der Hessischen Biodiversitätsstrategie	-500,0
Tierschutz	-150,0

-165.914,7

*Mehrausgaben**Ergebnis in Tsd. €***Innenressort**

Aktionsprogramm gegen Rechts	-2.200,0
Kompetenzzentrum Rekommunalisierung	-355,0
	-2.555,0

Justiz

10 Prozent mehr Stellen im Justizvollzug	-10.258,9
Gefangenenbezüge	-7.447,9
Gefangenenverpflegung	-4.986,6
JVA Hünfeld	0,0
	-22.693,4

Finanzen

Außenprüfung	-7.090,0
Korruptionsschutz und Überwachung des Vergabegesetzes	-5.000,0
	-12.090,0

Summe der Mehrausgaben	-2.175.859,3
darin Verpflichtungsermächtigungen für Folgejahre	131.000,0
Mehrausgaben im Jahr 2017	-2.044.859,3

*Haushaltsverbesserungen**Ergebnis in Tsd. €***Minderausgaben**

Verfassungsschutz	8.500,0
HOLM	6.247,4
Stärkung der Resozialisierung	5.500,0
Kassel-Calden	4.800,0
Verzicht auf PPP	4.750,0
Repräsentation beim Bund	4.475,8
EBS	1.319,0
Stärkung der Resozialisierung im Jugendvollzug	1.200,0
Abschaffung der zentralen Lernstandserhebung	770,0
Landesbeauftragter Heimatvertriebene	12,0
	37.574,2

Mehreinnahmen

Vermögensteuer	1.500.000,0
Erbschaftsteuer	600.000,0
Verbesserter Steuervollzug	160.000,0
Wassercent	75.000,0
	2.335.000,0

Haushaltsverbesserungen	2.372.574,2
Mehrausgaben	-2.044.859,3
Verringerung der Netto-Kreditaufnahme 2017	327.714,9
verbleibende Nettokreditaufnahme 2017	22.285,1

Quellenangaben

Foto Cover: Romolo Tavani | 100673786 | fotolia.com

Fotos Abgeordnete S. 5: Hanna Hoeft

Foto S. 7: lassedesignen | 55037251 | fotolia.com

Foto S. 8: Hanna Hoeft

Foto S. 12: Photographee.eu | 106227349 | fotolia.com

Foto S. 14: drubig-photo | 77982821 | fotolia.com

Foto S. 16: sergeka | 113981281 | fotolia.com

Foto S. 20: jozsitoeroe | 88672182 | fotolia.com

Foto S. 21: Fraktion DIE LINKE.

Foto S. 23: FatCamera | 509106258 | istockphoto.com

Foto S. 25: karlumbriaco | 101393149 | fotolia.com

Foto S. 28: Frank Gärtner | 110801033 | fotolia.com

*DIE LINKE. Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1–3
65183 Wiesbaden*

*Tel.: 0611 350 60 90
Fax: 0611 350 60 91
E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de*



linksfraktion-hessen.de



twitter.com/LinkeLTGHessen



facebook.com/linksfraktion.hessen

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG